

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

03. – 09. Januar 2026

Am 6. Januar 2026 traf sich in Paris die „Koalition der Willigen“, bei der Vertreter von rund 35 Staaten über den Krieg in der Ukraine und mögliche Sicherheitsgarantien nach einem Waffenstillstand berieten. Emmanuel Macron erklärte, dass die USA ihre Rolle bei solchen Garantien präzisiert hätten und zugesagt hätten, die Führung eines Mechanismus zur Überwachung eines möglichen Waffenstillstands zu übernehmen. Er bezeichnete dies als „neuen Schritt“ und eine Entwicklung in der amerikanischen Position. Zugleich führte Macron aus, dass europäische Staaten bereit seien, sich nach einem Waffenstillstand an der Absicherung der Ukraine zu beteiligen, und dass Frankreich im Rahmen einer sogenannten „Rückversicherungs- oder Beruhigungstruppe“ mehrere tausend Soldaten mobilisieren könne. Macron betonte, dass diese europäische Beteiligung auf dem US-Unterstützungsrahmen („Backstop“) beruhe und damit Teil des amerikanischen Engagements zur Friedenssicherung sei. Zweifel an der grundsätzlichen Verpflichtung der USA wies er zurück und verwies auf ihre NATO-Mitgliedschaft sowie die Unterzeichnung der UN-Charta. Eine Festlegung zu Umfang und rechtlicher Ausgestaltung der Sicherheitsgarantien wurde nicht bekanntgegeben.

Nach anfänglichem Zögern machte Präsident Emmanuel Macron deutlich, dass Frankreich die US-Militäroperation gegen Nicolás Maduro weder unterstützt noch billigt. Damit präzisierte Macron seine erste öffentliche Reaktion, in der er gesagt hatte, die Venezolaner könnten über das Ende von Maduros Herrschaft „nur froh sein“. Diese Äußerung hatte innenpolitische Kritik ausgelöst, weil sie das Vorgehen der USA unkommentiert ließ. Macron betonte, dass Frankreich das internationale Recht sowie die Freiheit der Völker verteidige. Für eine politische Übergangsphase in Venezuela müsse der international als legitimer Sieger der Präsidentschaftswahl 2024 anerkannte Kandidat eine zentrale Rolle spielen. Damit machte Macron deutlich, dass Frankreich die Souveränität Venezuelas respektiert und eine politische Lösung nur auf Grundlage demokratischer Wahlergebnisse unterstützt. Angesichts der Entwicklungen in Venezuela nutzte Macron die jährliche Botschafterkonferenz Frankreichs am 8. Januar 2026, um die außenpolitischen Prioritäten seines Landes darzulegen. Zu diesen Prioritäten zählen europäische Souveränität, Sicherheit und Unterstützung der Ukraine, wirtschaftliche und technologische Stärke, strategische Partnerschaften – insbesondere mit Afrika – sowie die Verteidigung eines handlungsfähigen Multilateralismus.

In Frankreich haben die Beratungen über den Staatshaushalt für das Jahr 2026 erneut begonnen. Premierminister Sébastien Lecornu bemüht sich, den Haushalt parlamentarisch verabschieden zu lassen, ohne auf Artikel 49.3 der Verfassung zurückzugreifen. Dieser ermöglicht eine Annahme ohne Abstimmung. Da der Haushalt vor den Feiertagen nicht verabschiedet wurde, hatte das Parlament ein Übergangsgesetz beschlossen, um die Funktionsfähigkeit des Staates zu sichern. Bei der Wiederaufnahme der Beratungen in der Nationalversammlung bestehen jedoch weiterhin erhebliche Unterschiede zwischen den politischen Lagern. Finanzminister Roland Lescure und Haushaltministerin Amélie de Montchalin führten Gespräche mit Sozialisten und Konservativen, um Kompromisse auszuloten. Die Regierung strebt eine Verabschiedung bis Ende Januar an. Zentrale Streitpunkte sind das Haushaltsdefizit – 2025 bei rund 5,4 % des BIP, 2026 auf 5,0 % geplant, während der Senat 5,3 % vorschlägt – sowie Steuermannahmen für Großunternehmen und Regelungen bei Sozialausgaben.

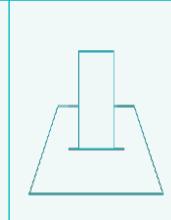
Am 9. Januar, haben die 27 Mitgliedstaaten durch ihre Botschafter dem EU-Mercosur-Abkommen zugestimmt, obwohl Frankreich zuvor seine Ablehnung angekündigt hatte. Einige Länder wie Österreich, Ungarn, Polen und Irland unterstützten ebenfalls die französische Position, aber sie waren nicht zahlreich genug, um eine Sperrminorität zu bilden. Frankreich lehnt das Abkommen wegen innenpolitischem Druck, insbesondere von Landwirten, ab. Emmanuel Macron begründete dies mit fehlenden verbindlichen Garantien für gleiche Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsstandards und betonte, die französische Landwirtschaft müsse vor unfairem Wettbewerb geschützt werden. Bereits am 8. Januar protestierten französische Landwirte in Paris gegen das Mercosur-Abkommen sowie gegen die Regierungspolitik im Umgang mit der Rinderkrankheit „Dermatitis nodularis“. Zahlreiche Traktoren fuhren nach Paris und blockierten Straßen auf den Champs-Élysées sowie in der Nähe des Arc de Triomphe und des Eiffelturms.

Kurz vor dem Beginn des Berufungsverfahrens gegen Marine Le Pen wegen des Missbrauchs von EU-Parlamentsmitteln warnt der Präsident des Pariser Gerichts vor einer möglichen „inakzeptablen“ Einflussnahme der USA in französische Justizangelegenheiten. Laut Berichten des *Spiegels* hatte die Trump-Administration über Sanktionen gegen die damals verurteilenden Richter nachgedacht. Le Pen war zu vier Jahren Haft, davon zwei ohne Bewährung, sowie fünf Jahren Wahlunfähigkeit verurteilt worden. Experten sehen die Warnung als ernstzunehmend, da die USA bereits französische und internationale Richter, unter anderem an der Internationalen Strafgerichtshof, mit Sanktionen belegt haben. Analysen deuten auf eine politische Logik hin, die Le Pen und den *Rassemblement National* begünstigen könnte und die französische Justiz unter Druck setzt. Der RN weist die Berichte als „spekulativ“ zurück, betont jedoch seine Unterstützung für die Unabhängigkeit der Justiz. Die US-Regierung hat die Vorwürfe bisher weder bestätigt noch kommentiert.

Der Parteivorsitzende der Républicains, Bruno Retailleau, scheint sein Profil im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2027 zu schärfen. Bei einer Pressekonferenz stellte er ein wirtschaftspolitisches Programm vor, dass Arbeit, Leistungsanreize und den Abbau sozialstaatlicher Mechanismen in den Mittelpunkt rückt. Der ehemalige Innenminister fordert ein Ende der 35-Stunden-Woche, einen „Null-Beitrags-Schwellenwert“ bei Sozialabgaben, strengere Regeln für Arbeitslosen- und Sozialleistungen sowie Einsparungen von jährlich rund 13 Milliarden Euro. Mit diesem rechtsliberalen Kurs will er sich innerparteilich profilieren und sich von Rivalen wie Laurent Wauquiez absetzen. Zudem plant Retailleau, in weiteren Politikfeldern – etwa Gesundheit, Digitalisierung und Außenpolitik – zusätzliche Pressekonferenzen, um auch dort Themen zu setzen und sein Profil zu stärken.

Der französische Politikwissenschaftler Laurent Vinatier, der seit Juni 2024 in Russland inhaftiert war, wurde am 8. Januar 2026 nach rund 19 Monaten Haft freigelassen. Seine Freilassung erfolgte im Rahmen eines Gefangenenaustauschs gegen den russischen Basketballspieler und mutmaßlichen Hacker Daniil Kasatkin, der in Frankreich inhaftiert war. Obwohl die französischen Behörden offiziell nur von „gleichzeitigen Freilassungen“ sprachen, bestätigten russische Stellen den Austausch. Vinatier war zunächst wegen eines formalen Verstoßes gegen das russische „Agentengesetz“ verurteilt worden und später mit Spionagevorwürfen konfrontiert, die ihm bis zu 20 Jahre Haft hätten einbringen können. Der Fall war eng mit diplomatischen Verhandlungen zwischen Frankreich, Russland und indirekt auch den USA verknüpft und fiel in eine Phase vorsichtiger Gesprächsbereitschaft zwischen Paris und Moskau.

## PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Die 32-jährige Abgeordnete des Europäischen Parlaments **Sarah Knafo** von der rechtsextremen Partei *Reconquête!* hat am 7. Januar 2026 offiziell ihre Kandidatur für das Amt der Bürgermeisterin von Paris angekündigt und damit eine mögliche Präsidentschaftskandidatur 2027 ausgeschlossen. Sie ist die sechste Kandidatin, die ihre Kandidatur für die Kommunalwahlen im März 2026 offiziell bekannt gegeben hat. In einem TV-Interview bezeichnete Knafo Paris als Stadt im Abwärtstrend mit steigender Kriminalität, wachsenden Schulden, hohen Steuern und zunehmender Unsauberkeit. Ihr Programm umfasst Einsparungen von rund 10 Mrd. €, eine Halbierung der Grundsteuer und die Einführung von mindestens zwei Bürgerreferenden pro Jahr.

## DIE ZAHL DER WOCHE

15 Jahre

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	1

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron plant, ab dem Schuljahr 2026/2027 soziale Netzwerke für unter **15-jährige** zu sperren und das Handyverbot auf Gymnasien auszuweiten. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde dem Staatsrat vorgelegt und soll voraussichtlich Mitte Januar im Ministerrat behandelt werden. Der Entwurf umfasst zwei Artikel: Minderjährige unter 15 Jahren sollen keinen Zugang zu sozialen Netzwerken haben, und das Handyverbot soll auf die Oberstufe ausgeweitet werden. Macron will zudem über Themen wie Algorithmustransparenz, Plattformverantwortung, Werbemodelle und künstliche Intelligenz sprechen, wobei der Gesetzesentwurf zunächst auf die Kernmaßnahmen beschränkt bleibt. Politisch gibt es Spannungen mit Gabriel Attal von *Ensemble pour la République*, der eine ähnliche Regelung vorantreibt und auf Parlamentsinitiativen verweist. Auch der Senat hat bereits Maßnahmen vorgeschlagen. Die Regierung betont, ein Gesetzentwurf sei schneller und juristisch belastbarer.